

Breslauer



Beitung.

N^o 202.

Dinstag den 23. Juli

1850.

Telegraphische Depesche.

Schleswig, 21. Juli. General Willisen hat aus dem Hauptquartier Falkenberg eine neue Proclamation an die Truppen erlassen. Er sagt darin, der Tag der Entscheidung sei da, indem auf die verlangte Unterwerfung und auf bloße Versprechungen nicht eingegangen werden könne. Er werde mit ihnen ausharren.

Uebersicht.

Breslau, 22. Juli. Der Friede mit Dänemark ist geschlossen, der Krieg beginnt, so sprachen wir vor zwei Wochen, und der Krieg in Schleswig-Holstein hat begonnen. Doch scheint dieser Friedensschluß nicht allein in jenen Herzogthümern die Kriegesflamme entzündet, sondern auch die Zwietracht und Spaltung in Deutschland bis zum Äußersten vermehrt zu haben. Preußen hat den Frieden im Namen Deutschlands abgeschlossen, und legt nun denselben zur Ratifikation den übrigen deutschen Staaten vor. Desterreich erklärt sich als „europäische Großmacht“ mit dem Frieden vollkommen einverstanden, aber als deutscher Staat verlangt es, daß der Friede nur von dem „Bundesplenarium“, rechtsgültig genehmigt werden könne, kein deutscher Staat sei berechtigt, den Friedenspakt einzeln und für sich zu unterzeichnen. Dieses „Bundesplenarium“, welches allein den dänischen Frieden unterzeichnen könne, sei aber gegenwärtig in Frankfurt a. M. versammelt. Preußen konnte nun nicht anders, als diese Erklärung geradezu zurückweisen, denn ein Eingehen auf dieselbe, hieß ganz einfach, die in Frankfurt tagende Versammlung als Bundesplenarium anerkennen, und gerade hiegegen hatte sich ja Preußen, sowie die ganze Union bisher ausdrücklich erklärt. Da aber England, sowie Rußland und Dänemark die Friedensratifikation eifrig betreiben, so läßt sich voraussehen, daß Desterreich und die ihm anhängenden Regierungen den Friedenspakt wohl unterzeichnen werden wollen, aber nur in der Eigenschaft als Bundesplenarium, und so hegen sie jene Staaten auf Preußen, damit sie letzteres nicht: jene frankfurter Versammlung als „Bundesplenarium“ anerkennen, nur damit der endliche Abschluß des Friedens zu Stande kommt. Wieht Preußen nach, was unannehmbar ist, so ist es vollständig geschlagen und das österreichische Protektorat über Deutschland, sowie Deutschlands Zerissenheit und Dynastie verewigt, giebt Preußen nicht nach, so kommt es von neuem in gespannte Verhältnisse zu Rußland, England und Dänemark. Man sieht, Desterreich ist schlau, unendlich schlau, und wird Preußen, so lange man sich auf dem Felde der Unterhandlungen bewegt, stets schlagen. Die nächste Vergangenheit hat mehr als ein Beispiel von dergleichen Niederlagen Preußens aufzuweisen.

Während hier Preußen in die Enge getrieben wird, schreitet der österreichische Bundesrath in Frankfurt rasch vor, um das oben erwähnte Mandat, betreffend die Ratifikation des dänischen Friedens, paffend zu ergänzen. In der Sitzung, welche der österreichische Bundesrath am 15. zu Frankfurt abhielt, beantragte nämlich der aus 4 Mitgliedern bestehende Ausschuß für Bildung einer deutschen Centralgewalt: die Versammlung möge die Einfügung des engeren Bundesrathes beschließen, damit dieser eine neue provisorische Centralgewalt bilde. Die 13 Bevollmächtigten waren sämtlich für diesen Antrag, doch sollte man noch keinen Beschluß, weil man doch erst die Instruktionen der Regierungen einholen wolle. Zu diesem Entschlusse sind einige Bevollmächtigte sofort an ihre Gorte zurückgekehrt. Daß die Kabinette hiermit übereinstimmen werden, ist vorauszusetzen. Es ist also klar, man will alles fertig machen, so daß wenn Preußen, wie jene hoffen, durch Rußland und England gedrängt, endlich einstimmt und das Frankfurt „Bundesplenarium“ anerkennt, nicht allein dieses, sondern selbst die deutsche Centralgewalt konstituiert ist. Wie die Berliner C. B. Korrespondenz meldet: fehlt es nicht an Rücksicht, um von Preußen diese erlehnte Anerkennung des Bundesplenariums zu erhalten. Sächsen soll nämlich eine vermittelnde Rolle übernehmen und dem preußischen Kabinete den Vorschlag gemacht haben: jene frankfurter Versammlung nur für den einen vorliegenden Fall (für die Friedensratifikation) als „Bundesplenarium“ anerkennen. Wir halten, wie wir schon gestern ausgesprochen haben, diese Nachricht für eine Erfindung, denn es wäre arg, Preußen für so blind zu halten, daß es diese Fallgrube nicht sehen sollte.

In Dresden ist die Erzherzogin Sophie angekommen, in diesen Tagen soll die Königin von Preußen ebenfalls dahin abreisen und dann von Sr. Majestät dem Könige abgeholt werden. Später, so meldet man ferner aus Dresden, wird der Kaiser von Desterreich ebenfalls einen Besuch abstopfen. In Berlin weit gegenwärtig der Schwiegerjohn des Kaisers von Rußland, Herzog von Leuchtenberg.

Die Proteste gegen den Durchmarsch der badischen Truppen haben sich, wie wir schon in der vorangehenden Nummer meldeten, dadurch gemehrt, daß auch der Kommandant der Bundesfestung Mainz das Vorbeifahren der badischen Truppen nicht dulden wollte. Die Sache war aber, wie sich jetzt zeigt, nicht so ernstlich gemeint. Der badische Kommandant hat nämlich die übliche Anzeige von dem Durchpassiren der Truppen nicht gemacht, und der österreichische Kommandant wollte aus Mangel über diese Vernachlässigung keine Truppen mehr vorbeiziehen lassen. Auf eingeholte Instruktion von der Bundescentralkommission ist ihm aber die Weisung geworden, die Truppen ruhig ziehen zu lassen. Wieleicht ist ihm auch die verspätete Anzeige zugekommen. Am 18. Juli sind bereits wieder badische Truppen vor Mainz ungehindert vorbeipassirt. Waben darf also dem Kommandanten von Mainz nicht den Krieg erklären.

Der König von Württemberg ist so wenig zur Verzehrung gestimmt, daß er sogar die Bitte der letzten Bundesversammlung, um Entsch einer Amnestie abschlägig beantwortet hat. — Der noch fortbestehende Ausschuß der Landesversammlung hat eine Erklärung an die Regierung erlassen, worin letztere aufgefordert wird, den deutschen Frieden nicht zu ratifizieren, und die Sache Schleswigs bei den anderen deutschen Regierungen geltend zu machen.

Der Landtag zu Gotha hat das Ministerium interpellirt: ob es den Frieden mit Dänemark ratifizieren werde, und auf welche Weise es Schleswig unterstützen wolle? Der Minister wird nachhaken antworten.

In Sachsen ist jeder Verein, sogar jede Sammlung (selbst von Wein und Obst) von der Regierung verboten worden, weil dies mit der Stellung Sachsens bei dem bevorstehenden Friedensschlusse nicht verträglich sei.

Selbst das Ministerium in Baiern, wo doch ein großer Enthusiasmus für Schleswig-Holstein herrschen soll, hat den Offizieren befohlen gemacht, daß sie sich nur dann an dem Kriege in Schleswig-

Holstein betheiligen können, nachdem sie ihre Entlassung aus bairischem Dienste genommen.

Nichts desto weniger eilen aus allen deutschen Staaten Offiziere nach Schleswig-Holstein, so wie mit jedem Tage die Zahl der Unterstufungs-Bereine und Comités wächst.

In den Herzogthümern steht der Tag der Entscheidung bevor. Die ganze holsteinische Armee ist (wie ein zweiter Armeebericht des Generals Willisen meldet) verzogen und hat sich hinter der Linie von Idstedt und Wedelsberg aufgestellt. Die Vorposten plänkeln bereits vor Flensburg mit den dänischen Husaren. Eine neue Proclamation Willisens „An die Soldaten“ kündigt den Tag der Entscheidung an, da auf die verlangte Unterwerfung, so wie auf die gemachten Versprechungen nicht eingegangen werden könne. Die dänische Armee hat eine schiefe Stellung. Am weitesten vor steht der linke Flügel bei Glücksburg und dem stark besetzten Holnis. Das Centrum bildet Flensburg, während der rechte Flügel sich nach Nyenrade und Tondern hin dehnt und wahrscheinlich manisch durchbrochen ist, da hier die Truppen sich noch auf dem Marsch befinden und die bestimmte Stellung noch nicht erreicht haben.

Am 19. Juli wurde in der Nationalversammlung zu Paris das Ministerium in Bezug auf seine Politik gegen die Herzogthümer Schleswig-Holstein angegriffen. Sowie Frankreich, äußerte sich die Deputierte Savoye, liberal von Rußland und England in den Hintergrund gedrängt wurde, so auch hier, er beschwöre deshalb die Regierung, die bisher in Schleswig befolgte Politik aufzugeben. Der Minister verteidigte sich damit: daß Dänemark stets der treueste Verbündete Frankreichs gewesen, und daß Dänemark so gelegen sei, daß seine Macht die Integrität desselben angriffe. D. h. wenn mit anderen Worten, wir müssen es so stark als möglich machen, damit Deutschland nicht aufkomme. Uebrigens nannte der französische Minister den dänischen Frieden nur ein Protokoll.

Desterreich will die Gesandtschaftsposten bei den kleineren deutschen Staaten aufheben. — Bei Leizmeritz in Böhmen wird ein besetztes Lager für 80,000 Mann errichtet. — Die österreichische Regierung verweigert allen demokratischen Gefinnungen die Pässe ins Ausland, erklärt sie also sämtlich in Verdrängungszustand und als Gefangene innerhalb der Grenzen des Staates.

Im Kirchenstaate werden die Häuser verbrannt, so mächtig, daß sie nicht über Luft zu haben scheinen, mit dem Großherzog von Toscana Krieg anzufangen.

Preußen.

Berlin, 21. Juli. Se. Majestät haben allergnädigst geruht: Den bisherigen Kreisgerichts-Rath Schlegel zu Goldapp zum Direktor des Kreisgerichts zu Jöhannsburg zu ernennen. Ihre königliche Hoheit die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz und Ihre Hoheit die Herzogin Karoline von Mecklenburg-Strelitz, sind von Neu-Strelitz hier eingetroffen.

Angelommen: Se. Durchlaucht der Herzog von Ratibor und Fürst von Corvey, von Ratibor. Se. Durchlaucht der Fürst zu Hohenlohe-Dehringen, von Dehringen. (Militär-Wochenblatt.) Reuland, Hauptm. von der 2. Jng.-Bn., zum Hauptm. 1. Kl.; Lenné, Pr.-Lt. von der 3. Jng.-Bn., Pr.-Lt. von der 1. Jng.-Bn., letzterer unter Entbindung von dem Kommando zur Garde-Pion.-Abth., Ernennung zum Comd. der 1. Comp. 6. Pion.-Abth. und Verlegung zur 2. Jng.-Bn., zu Hauptleuten 2. Kl.; Simon, Campredt, Sec.-Lt. von der 2. u. 3. Pion.-Bn., v. Dviken, Schulz II., oger. Sec.-Lt. von der 2. Jng.-Bn., einrangirt. Baereis, Pr.-Lt. von der 1. u. 2. Jng.-Bn., verlegt. Die Unit. des Garde-Regim. beizubehalten, und soll derselbe bei diesem Regim. a la Suite geführt werden. Plehn, Rittm. vom 2. Kür.-Regim., zum Major ernannt. v. Grabowski, Major u. Chef der 2. Pion.-Comp., als Oberst. Batzjewski, Sec.-Lt. von der 10. Inval.-Comp., als Pr.-Lt., Weiden mit der Comp. unit. mit dem vorst. Abz. f. v. Pension der Widwen bewilligt.

Den besten Schützen bei der Infanterie wird, laut Kabinettsordre vom 25. April d. J., ein äußeres Abzeichen auf der Uniform verliehen werden, mit der Maßgabe, daß bei den mit leichten Perforationsgewehren versehenen Infanterie-Bataillonen per Kompanie nicht mehr als 25, bei den besten Schützen, aber per Kompanie nicht mehr als 10 der besten Schützen, die Unteroffiziere eingeschlossen, dieses Abzeichen tragen sollen. Die näheren Bedingungen, an welche die Erwerbung des Schützen-Abzeichens geknüpft ist, werden den resp. Truppen-Kommandos besonders gektüpft. — Bei den Ulanen-Regimenten — resp. der Landwehr-Kavalerie — sollen die Leibbride der Offiziere eingehen, dürfen jedoch aufgetragen werden. Um das Dienstalter der Portepeeschützen für alle Fälle zu ordnen, ist jetzt bestimmt worden: daß bei gleichzeitiger Ernennung mehrerer Individuen zu Portepeeschützen künftig zunächst das Datum des Zuzugisses der Reife, dann bei gleichem Datum die Dienstzeit, und bei gleichem Datum und gleicher Dienstzeit das Lebensalter über die Reifehofe entscheiden soll. Zugleich ist das Versteht des Militär-Wochenblattes für Januar, Februar und März 1851, enthaltend: „Ueber Ausbildung und Gebrauch der Kavalerie-Unter-Beaufschlagung der preussischen Verhältnisse. Nach den Ansichten des General v. Wrangel“ ausgegeben worden.

C. B. Berlin, 21. Juli. Nassau. Ein materieller Konflikt. Das Observations-Korps. Die nassauische Regierung hat bis jetzt hier keinerlei Schritte gethan, die ein Verlassen der Union irgendwie andeuten können. Ein von dem nassauischen Staatsministerium hierher expedirter Kurier, dessen Depeschen nach mehreren Angaben eine Loslösung von der Union enthalten sollten, hat Depeschen überbracht, die keineswegs einen solchen Inhalt haben, sich vielmehr theils auf den badischen Truppenmarsch, theils auf den dänischen Frieden und die Form der Ratifikation derselben beziehen. — Die durch die Verpflegung der Bundesarmeen in Schleswig-Holstein hervorgerufene Liquidation steht in Betreff der Honorirung auf Schwierigkeiten. Der eigentliche Verpflichtete ist der deutsche Bund, da dieser aber nicht existirt, so können die Forderungen nur bei den einzelnen Staaten geltend gemacht werden — eine gerade wegen der Streitfrage „erlisst ein Organ des Bundes und welches?“ — um so misslichere Sache. — Wie wir neulich meldeten, werden unsere aus Schleswig abrückenden Truppen in Verbindung mit der preussischen Besatzung in Hamburg als ein Observations-Korps theils auf hamburgischem, theils auf mecklenburgischem, theils auf märkischem Gebiet

aufgestellt werden. *) Den Befehl über alle diese auf den drei verschiedenen Territorien gruppirten Truppen wird General Hahn behalten. Das 15. Infanterieregiment wird nicht nach Prelesberg allein, sondern theils dort, theils in Wittenberge bleiben. Auf mecklenburgischem Gebiet formen das 11. Husarenregiment und das 7. Infanterieregiment, letzteres in die Gegend von Rügenburg, das letztere nach Wittenburg und Hagenow. Auf hamburgischem Gebiet verbleibt die Artillerie, und das 12. Infanterieregiment, welches an die Stelle des 15. tritt.

(Das Ober-Tribunal) hat kürzlich eine Entscheidung über die Frage getroffen, ob die Annahme eines Gerichtshofes erster Instanz, das bei einer gewissen Ausdehnung der Gewalt der Ehrenkränkung vorhanden gewesen sei, oder nicht, dergestalt zur thatsächlichen Feststellung im geschlichen Sinne gehöre, daß in Gemäßheit des § 126 der Verordn. vom 3. Januar 1849 eine abweichende Anschauung des Appellations-Richters nur auf neue Thatsachen oder Beweismittel geknüpft werden könnte, oder ob jener Paragraph auch ohne solche neue Anführungen eine Prüfung der Abfertigung zulasse. Das Tribunal hat sich jetzt dahin ausgesprochen, daß die Beschränkung des § 126 nicht auf die Qualifikation der Handlungen, und die aus dem Thatsächlichen zu ziehenden Schlüsse ausgeht, sondern auf die Frage, ob eine Ausfertigung die Abfertigung der Ehrenkränkung unterlegen sei, — da und insoweit dieselbe nach den in den Gesetzen aufgestellten Vermuthungen zu beurtheilen ist, — nicht als eine reine Thatsache erscheine. — Veranlassung zu dieser Entscheidung gab folgender eigenthümlicher Fall: Ein Obergerichtspräsident in einer östlichen Provinz war zur Untersuchung gezogen und vom Amte suspendirt. Das Erkenntnis erster Instanz entsprach den Anträgen der Verwaltung nicht, weshalb der Minister die Appellation einlegte, und das Appellationsgericht zu Braunschweig autorisirt, dem Angeklagten bis zur definitiven Entscheidung auf den wegen seiner Suspension erneuert gestellten Antrag den Wiedereintritt in sein Amt zu verweigern. Der Angeklagte verlangte nun in einer Vorlesung an das Gericht die Wirthschaft des betreffenden Ministerialsekretärs, weil er denselben zu dem Nachweise bedürfte, daß seine im höchsten Auftritte vorgenommene Privatacte im Verhältnisse zu der von dem Chef der Justiz fälligkeit und mit Ueberlegung und Vorlauf ausgeübten Verletzung der Verfassung nicht niederträchtig sei. Wegen dieser Äußerung unter Anklage gestellt, wurde er vom ersten Richter freigesprochen, indem derselbe die Abfertigung der Ehrenkränkung aus dem Grunde für ausgeschlossen erachtete, daß der Angeklagte die inkrimirierte Verletzung behufs seiner Vertheidigung in der noch schwebenden Untersuchung vorgenommen habe. Das Appellationsgericht zu Posen hielt sich wegen des § 126 l. c. an diese „thatsächliche Feststellung“ gebunden und bestätigte das erste Urteil. Das Tribunal hat jedoch dem oben aufgeführten Grundsatze gemäß das zweite Erkenntnis vernichtet, in der Sache selbst aber erproben: daß nach dem allgemeinen Landrecht bei Behauptungen der vorliegenden Art die Abfertigung der Ehrenkränkung vermutet werde, daß der § 552. Tit. 2. Zhl. II. A. L. R. nur bei solchen Vorhaltungen, welche der Angeklagte seinem Gegner, behufs seiner Vertheidigung, zu machen genöthigt sei, den Beiziff der Justiz ausschliesse, daß aber hier weder der Justizminister, als Gegner des Angeklagten, im Sinne jenes Gesetzes, noch das fragliche Sekretist und eine etwaige darin enthaltene Verfassungsverletzung irgendwie als zur Sache gehörig hätte betrachtet werden können, daß endlich eine Verfassungsverletzung durch das mehrerwähnte Sekretist keineswegs beangen sei, weil durch einen Beschluß des Pleni des Obertribunals vom 21. Nov. 1849 definitiv festgestellt ist, daß die im Juli 1848 veranlaßte Ausweisung des Angeklagten für nicht aufgehoben, sondern für fortwährend zu erachten sei, mithin die fragliche Autorisation des Justizministers vollkommen dem Gesetze entsprechend verfaßt worden sei. Hiernach hat das Tribunal seinen Erkenntnis: daß der Angeklagte für überführt zu erklären, in seinem an das Appellationsgericht zu Braunschweig gerichteten Schreiben vom 18. October v. J. den Justizminister Simon in Beziehung auf sein Amt verleumdet zu haben, und deshalb in sechswochenhüchlicher Gefängnisstrafe zu verurtheilen. (D. M.)

Stettin, 20. Juli. Minister v. d. Heydt. Gestern Abend gegen 6 Uhr traf der Herr Handelsminister v. d. Heydt von seiner Tour nach Barmen wieder hier ein und setzte nach kurzem Aufenthalt seine Reise nach Preußen fort. (Dissee:3.)

Deutschland.

Frankfurt, 19. Juli. [Die großdeutschen Bevollmächtigten] hatten in den letzten Tagen wiederholte Sitzungen. Was sie beschäftigte, war, wie man vernimmt, nichts Geringeres als die Einfügung des engeren Rathes. Der Ausschluß von vier Bevollmächtigten (Graf Thun, v. Noß, Detmold, v. Reinhardt), welchem am 16. Mai der Entwurf Desterreichs zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt zur Begutachtung überwiesen worden war, trägt in seinem Berichte, welcher in der Sitzung vom 15ten d. M. der Versammlung vorgelesen wurde, darauf an: „Es möge die Versammlung die Einfügung des engeren Rathes beschließen, und demselben zunächst die Aufgabe der Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt überweisen.“ Die Bevollmächtigten sind durchgängig für die Annahme des Ausschlußantrages, welche dieser Tage um so eher erfolgen dürfte, als die Versuche zu einer Verständigung zwischen Wien und Berlin, wie man vernimmt, von keinem Erfolge begleitet waren. Bemerkenswerth ist es, wie genannter Bericht des Ausschusses der Bundesversammlung sich über den Zweck der Einberufung der Plenarversammlung und deren Aufgabe ausdrückt. Nach ihm war ihr erster Zweck vor Allem, die Wiederanerkennung der rechtlichen Zustände und ihrer Wirksamkeit zu bewirken. Ihre Aufgabe soll sein:

„den wiedergewonnenen Rechtszustand als den Ausgangspunkt zur Entwicklung der auf Recht und Vertrag begründeten Verhältnisse zu betrachten. Sie soll getreu den wiederholten und bestimmten gegebenen Zusicherungen der deutschen Regierungen, nicht zu dem Bestehen, den Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr Entsprechenden zurückkehren, sondern dadurch gerechten und billigen Ansprüchen allseitig und in allgemein verbindlicher Form entsprechen, daß sie die Zukunft in rechtsgültiger Kraft zur dauernden Herrschaft gelangen lasse.“

Wir geben diese Worte ohne Kommentar. (Frankf. J.)

Ueber dieselbe Sitzung der Bundesplenar-Versammlung theilt die D. Volks-Halle noch Folgendes mit: Sie war vorzugsweise zur Berichterstattung des Ausschusses angelegt, der am 16. Mai von der Bundesplenar-Versammlung gewählt war, um die Vorlage zur Bildung eines neuen provisorischen Central-Organes zu prüfen. Dieser Bericht ist vorgestern abgefaßt und der Antrag des Ausschusses geht dahin: „Es wolle der hohen Plenar-Versammlung belieben, sich sofort zum engeren Rathe zu konstituieren, und zunächst die dem Bericht erstattenden Ausschüsse gestellte Aufgabe zum Gegenstande der Wirksamkeit desselben machen.“ So viel wir ich vernommen habe, sind sämtliche Bevollmächtigte mit

*) Der Zustellung dieses Observations-Korps widerspricht auch gekern unter Berliner u. Correspondent.

diesem Antrage einverstanden gewesen; zum Beschluß ist indeffen derselbe noch nicht erhoben, weil mehrere Gesandte von ihren Regierungen noch besondere Instruktionen zu diesem Zwecke einholen zu müssen glaubten. Einige sind sogleich zu ihren Höfen abgereist, um die Instruktionen persönlich zu beschleunigen, indem man darüber einig ist, daß die Zustände Deutschlands keine längere Verzögerung zulassen. Auch ist man überzeugt, daß sämtliche Instruktionen von Seiten der Regierungen dem Antrage konform ausfallen werden. Wenn nun auch zunächst der engere Rath dem Antrage nach nur zu dem Zwecke gebildet werden soll, um sich mit der Bildung einer provisorischen Central-Gewalt zu beschäftigen, so tritt er mit seiner Konstituierung doch zugleich in sämtliche Funktionen ein, die ihm nach der Bundesakte zustehen. Denn nur die Plenar-Versammlung wird jedesmal zu einem besonderen Zwecke gebildet; der engere Rath hat sein allgemeines Mandat, was ihm nicht beschränkt werden kann. Aus dem Ausschlußberichte geht auch deutlich hervor, daß man die Bildung des engeren Rathes auch in allen anderen Beziehungen für nöthig hielt, in der Abfertigung, um, wie der Bericht sich ausdrückt, „im Voraus jeder formellen Beanstandung der weiter erforderlichen Wirksamkeit der Bundes-Versammlung vorzubeugen, auch den Gang der Geschäfte mit den verfassungsmäßigen Organen nach Möglichkeit zu vereinfachen, zu befördern, und Vorbereitung, Berathung und Beschlußfassung in der Form des engeren Rathes sofort anwenden zu können.“ Wird der Antrag, wie nicht zu bezweifeln, demnach angenommen, so haben wir einstweilen den vollständigen Bundesrath, nur mit dem Unterschiede, daß derselbe sich die Aufgabe gestellt hat, über ein neues Organ zu berathen.

Die Nachricht, daß der Gouverneur von Mainz die Durchsicht der badischen Truppen verhindern wolle (f. vorgest. Bresl. Ztg.) ist richtig; es hängt dies folgendermaßen zusammen: Die badische Regierung hatte versäumt, dem Gouverneur rechtzeitig die bevorstehende Vorüberfahrt anzuzeigen. Sobald daher die erste Abtheilung vorüber war, gab der über diesen Mangel an Courttoilette sehr verlegte Gouverneur Befehl, die nachfolgenden Abtheilungen die Brücke nicht mehr passieren zu lassen, bis von der Bundes-Kommission die Weisung dazu gegeben sei. Die Weisung aber — und das ist wichtig, weil die Bundes-Kommission aus Preußen und Desterreichern besteht — traf auf der Stelle ein, und damit war das Hinderniß gehoben. (Köln. Z.)

Mainz, 18. Juli. [Durchfahrt frei.] Necht dem Dampfboot „Ludwig“ mit 400 Mann großherzoglich badischer Truppen ist heute die „Germania“ ebenfalls mit badischem Militär hier vorbeipassirt. Die Leute sind alle des besten Muthes und kommen gewöhnlich singend hier an. Der königl. preussische Kommandant der hiesigen Bundesfestung, Hr. Generalmajor v. Schach, empfing die Mannschaften am Rheinufer und unterhielt sich mit denselben aus freundschaftlichen. Morgen werden noch einige Dampfboote die übrigen zur Abreise bereit gehaltenen badischen Truppen hier vorbeibringen. (D. P. A. Z.)

Mannheim, 18. Juli. [Ausmarsch.] Heute früh 6 Uhr ging eine Kompanie des 5. badischen Infanteriebataillons sammt dem Bataillonsführer mit dem ersten Personendort der königlichen Gesellschaft rheinwärts. Um 8 Uhr sollte das große Dampfboot „Ludwig I.“, welches vorgestern das 3. badische Bataillon transportirte, rheinwärts wieder hier ankommen, und sogleich die übrigen Kompanien des 5. Bataillons mitnehmen. Das Schiff kam aber nicht, somit kehrten diese Kompanien in ihre Stationen Mannheim und Käfertal (beide 1 Stunde von hier) zurück, und werden erst morgen früh abfahren. Es ist übergen die Nachricht von Koblenz hierher gelangt, daß die badischen Infanteriebataillone doch bis Köln mit Dampfgeschiffen fahren und von Köln in gerader Richtung durch den flüchtig in ihrem Blatt von mir angedeuteten Theil von Braunschweig gegen Magdeburg marschieren werden. (D. Z.)

Gotha, 17. Juli. [Interpellation.] Von mehreren Mitgliedern der Linken des hiesigen Landtages wurde heute der Besatzungsantrag an das Staatsministerium gestellt: ob die Staatsregierung gefonnen sei, dem vor Kurzem zwischen Preußen und Dänemark abgeschlossenen Frieden beizutreten, und was sie, im vorliegenden Falle, glaube zur Unterstützung der Schleswig-Holsteiner thun zu können? Das Ministerium wird diese Interpellation erst in der folgenden Sitzung des Landtages beantworten. (F. Z.)

Eisenach, 21. Juli. [Die badischen Truppen.] Gestern traf der badische Hauptmann v. G. hier ein, um für die nach Preußen bestimmten 2 Regimenter Kavallerie und 4 Fußbatterien Quartier zu machen. Am 30. d. M. werden die badischen Truppen in Eisenach eintreffen. Gotha wird der letzte Etappenort sein, denn von da begeben sie sich nach dem ersten preussischen Orte in Thüringen, nämlich nach Langensalz, um da vorzert garnisonirt zu werden. Die erwartete fremde Kavallerie befindet sich auf dem Friedensfusse, denn während das Regiment im Kriegszustande 800 Pferde hat, zählt eine jegliche der 8 anlangenden Schwadronen, mit Abrechnung der Offiziere, nur 88 Pferde, also beide Regimenter zusammen bloß etwa 800 Mann. Die zu translocierenden badischen Truppen werden auch in Preußen von ihren bisherigen Offizieren besetzt werden. Ein badischer Generalstab von etwa 10 Offizieren wird daher auf die Militärkonventionsperiode in Berlin seinen Sitz aufschlagen. Die Badenenser werden in ihrer neuen Heimath die preussischen Nationen erhalten, welche 48 Kl. mehr als in Baden betragen, wo sie sich täglich bloß auf 4 Kreuzer belaufen.

Dresden, 19. Juli. [Verfälschungen.] Nach Berichten aus Wien geht die österreichische Regierung damit um, alle Gesandtschaften an den kleinen Höfen aufzuheben und bei denselben einfache Geschäftsträger anzustellen.

Es hatten die hiesigen Buchhändler einen Aufruf unterzeichnet, worin sie sich zur Annahme von Geld und Lazarethbedürfnissen (Leinwand, Chatpie etc.) für Schleswig-Holstein erbieten. Herr Minister v. Friesen verweigerte jedoch seine Genehmigung, indem — wie er sagte — der deutsche Bund (die Plenarversammlung) den Frieden ratifizieren werde und man daher den Krieg gegen Dänemark nicht indirekt unterstützen könne. Der mit Einholung der Genehmigung beauftragte Deputierte stellte

hierauf vor, daß ja überall, und selbst in Preußen, Sammlungen stattfinden; es blieb jedoch bei der abschlägigen Bescheidung.

Dresden, 21. Juli. [Hoher Besuch.] — Der Ständelandtag. Die Herzogin Sophie von Oesterreich ist gestern Nachmittag in Pillnitz eingetroffen. In kürzester Frist, vielleicht schon morgen, sieht man dieselbe auch dem Besuche der Königin von Preußen entgegen, welche von St. Majestät dem Könige von Preußen von dort wieder abgeholt werden wird. Ein Gerücht, welches in den Kreisen des Hofes circulierte, spricht auch von einem Besuche des Kaisers von Oesterreich, doch ist man ausdrücklich hinzu, derselbe werde erst dann in Pillnitz eintreffen, nachdem der König von Preußen bereits wieder abgereist sei. Wie viel Zuverlässiges an dieser letzten Angabe sei, bin ich nicht im Stande zu unterscheiden. — Mit dem Ständelandtage, der morgen wirklich eröffnet werden soll, geht es nicht mehr vorwärts; es sind noch immer die alten 52 oder 53 Mitglieder, von denen Viele „mit Vorbehalt“ eingetreten sind. Ueber die Namen derselben herrscht große Ungewissheit. Gänzlich gewogen, an dem verfassungswidrigen Landtage Theil zu nehmen, haben sich folgende 17 Abgeordnete: Dr. Geißler, Brochhaus, Röttner, Newiger, Werner, Haben, Hauswald, Wolf, Wagner, Gustav Hartort, Albrecht, Steinacker, Et Evans, Maudisch, Bodemer, Fleischer und Dpitz.

[Ueber die deutschen Sammlungen für Schleswig-Holstein] ist zu berichten, daß außer vielen Städten, wo Comités und Vereine bestanden, noch neuerdings Würzburg, Hofgeismar, Stade, Emden, Leer und Hameln dazu gekommen sind. — In Halle haben die Studierenden einer einfachen Anfrage eines Comitees wegen der Sammlung für Schleswig-Holstein mit Jubel geantwortet, sich mit den Bürgern der Stadt zusammengethan und ein Comité gebildet, das einen Aufruf an ganz Thüringen erlassen soll. Außerdem sind Subscriptionslisten für regelmäßige Beiträge in Circulation gesetzt, die Frauen sind zu einem Verein zusammengetreten, um Leinwand und Charpie zu sammeln. — In Mannheim wird am 17. Juli der Aufruf für die Schleswig-Holsteiner schon am ersten Tage 500 Fl. nach. — In Elberfeld haben die in Folge des Aufrufs des Dr. Pagenstecher eingegangenen Geldspenden für Schleswig-Holstein 578 Rthl. betragen. Ein Konzert, welches die Schützengesellschaft auf der Wilhelmhöhe zu demselben Zwecke veranstaltet hatte, lieferte einen Ertrag von mehr als 200 Rthl.

An die Freunde Schleswig-Holsteins. Da es den Freunden Schleswig-Holsteins wünschenswerth sein wird, für die Einbringung von Geldern und anderen Geschenken, zur Unterstützung der Sache der Herzogthümer, eine bestimmte Anzahl zu kennen, so hat der Schleswig-Holsteinische Verein in Kiel seine Thätigkeit auf diesen Gegenstand zu richten beschlossen. Die Statthaltertschaft hat noch Inhabt einer am heutigen Tage an den Schleswig-Holsteinischen Verein in Kiel auf diesen Ansuchen ertheilten Declaration.

„die betreffenden Departements beantragt, weitere Mittheilungen von Seiten des Vereins über die Einbringungen und deren Verwertung in Empfang zu nehmen.“

Der Verein erklärt sich demnach bereit, alle solche Zusendungen anzunehmen, für deren Verwendung nach der Bestimmung der Götter und der hiesigen Landesbehörden Sorge zu tragen, und seiner Zeit darüber öffentliche Rechenschaft zu geben. Die Zusendungen werden an den Schleswig-Holsteinischen Verein in Kiel, oder an eines der vom Vereine hierzu beauftragten unterzeichneten Mitglieder derselben erbeten.

Sammtliche Redaktionen öffentlicher Blätter, welche sich für die Sache Schleswig-Holsteins interessieren, werden ersucht, diese Anzeige zu verbreiten. Kiel, d. 18. Juli 1850.

Balemann, Bürgermeister. Borgum, Adv. Behn, Prof. Bremer, Ober-Appell-Ger. Rath. Graf v. Brochhaus, Dreyßen, Prof. G. Lorenzen, Dr. Schwefel, Kaufmann.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

L. C. Altona, 20. Juli. Das gestern allgemein verbreitete Gerücht, welches wir von vornherein nicht glauben, hat sich auch als unwahr herausgestellt. Man sprach nämlich von einer großen Kanonade bei Eckernförde. Das Gerücht entstand dadurch, daß unsere Schanzen probiren wollten, wie weit die Kanonen trügen. Daß ein solcher Angriff erfolgen wird, ist gewiß, aber von Seiten Dänemarks mit größerer Macht, als die ist, welche vor dem Eckernförder Hafen liegt. Die Kanonade an der Westküste entstand dadurch, daß ein holländisches Schiff seinen Kurs verloren hatte, und um es auf die rechte Fährte zu bringen, gab man Signalfüsse. — Die Dänen sind von Sonderburg über Rinken und Quars nach Flensburg vorgezogen, wo ihre Vorposten nach dem Kirchspiel Adelsboe vorgeschoben, sich mit dem von Glücksburg her vorrückenden Armeekorps vereinigen. Das Glücksburger Corps zieht sich immer am Woffshin, es ging über Drey und Koppelbeck. Die Dänen thun dies, um nicht abgeschnitten zu werden. Die Schanzen von Holnis werden von den Dänen sehr stark besetzt, man scheint also diese Position, die auch eine sehr wichtige ist, vertheidigen zu wollen; Holnis beherrscht nämlich den Flensburger Hafen. Eine dritte Kolonne Dänen landete in Tpenrade 7 Bataillone stark und ging von da aus nach Flensburg vor. Wie stimmen diese Einmärsche aber mit der dänischen Proclamation, welche Frieden verspricht? — General v. Krogh versprach auch, daß keine Menschen weggeschleppt werden sollten und doch ist schon mehrfach wiederum Menschenraub vorgekommen. — Der heutige Bahnzug brachte wiederum ein Anzahl Kranke, doch was uns schadet, schadet auch den Dänen, und es soll der vierte Theil der Armee marode und krank sein. Dies erklärt die dänische Unthätigkeit. v. Tilly hat den Herrn v. Stemann zum Departementschef ernannt, dagegen hat man den Landesherrn Walling in Silberkapel suspendirt. — Am meisten fehlen uns aber Arbeitskräfte, männliche und weibliche, besonders für die Ernte. Schleifer, Wiskalen u. f. w., mit guten Zeugnissen versehen, bitten wir, hieher zu kommen und es wird ihnen Arbeit und guter Lohn werden. — Privatbriefe aus Stockholm, die wir zu guter Gelegenheit hatten, sprechen von einer großen Gährung in Stockholm gegen die Regierung, da sie die Dänen offen und im Geheimen unterstützt.

Der Oberlieutenant von Gerhardt, der jetzt ein Kommando in der holländisch-schlesischen Armee hat, gehörte früher dem preussischen Offizierscorps an und kam beim 7. Infanterieregiment, als er seinen Abschied nahm. In stiller Zurückgezogenheit lebte er seit längerer Zeit zu Jüterbog am Harz. Er soll sich des besonderen Vertrauens des hochseligen Königs zu erfreuen gehabt und bei demselben als Stenograph in hohem Ansehen gehalten haben.

Desterreich.

Wien, 19. Juli. [Fabriken.] — Graf Montenuovo. — Das blühende Wiederaufleben. Die österreichischen Fabriken sind gegenwärtig mit Beschäftigung überhäuft. Eine Hauptursache der reichlichen Beschäftigung der heimischen Industrie muß in den vom deutschen Zollvereinsgebiete eingegangenen Aufträgen an hiesige Fabrikhäuser gesucht werden, denn in vielen Zweigen können die norddeutschen Fabricanten unmöglich so wohlfeil produziren, als ihnen dieselben Waaren bei der Bezahlung mit dem entwertheten österreichischen Papiergeld zu stehen kommen; die auswärtigen Fabrikbesitzer kaufen die k. k. Banknoten zu niedrigem Cours ein und gewinnen obendrein einen Profitnachschuß, so daß sie trotz der Zollgebühren ohne Anstrengung einen namhaften Vortheil aus dem Bezug österreichischer Waaren entnehmen. Während Fabrikanten und Arbeiter in Folge der Entwerthung des Papiergeldes folglich einen bedeutenden Nutzen ziehen, erleidet dagegen die große Masse der Consumenten durch die Steigerung der Fabrikpreise eine empfindliche Einbuße, die

bei einer nationalökonomischen Abschätzung der Gegenwart jedenfalls mehr ins Gewicht fällt, als jener problematische Gewinn österreichischer Fabriken. — Der junge Graf Montenuovo, der älteste Sohn der Kaiserin Maria Louise von Frankreich, der sich jüngst mit der geistreichen Tochter des Grafen Bathypapi vermählte, hat eine jährliche Revenue von 2 Millionen Gulden und zählt folglich zu den reichsten Gliedern der reichen Aristokratie des Kaiserthums. Der Graf, der überdies General-Major in der k. k. Armee ist, scheint einen Theil seines ungeheuren Vermögens, das meistens aus der Erbschaft des Herzogs von Richelieu her stammt, im Hüfelenkauf zu placiren, wodurch zugleich die architektonische Verschönerung der Hauptstadt gewinnen wird. Schon hat derselbe eine lange Reihe alter Häuser in der Wallner- und Strauchgasse um die Summe von 800,000 Fl. käuflich erworben, die sich über die Freggen bis in die Naglergasse hineinzieht und sämmtlich demolirt werden soll, um eleganten Zinshäusern Platz zu machen. Bei dieser Gelegenheit geht auch eine der interessantesten Merkwürdigkeiten Wiens verloren, nämlich das sogenannte Haus zum Heidenkuss, in dem sich der historische Türkenkeller befindet. Bis hierher waren die türkischen Minarets bei der Belagerung der Stadt unentdeckt vorgegangen, als sie von einem Bäckergesellen nächtlicher Weise belauscht wurden, wodurch Wien vor einem unterirdischen Ueberfall und einer sichern Zerstörung gerettet ward. — Die Heilige aus Schleimbach, Namens Juliane Wiskelcher, die jeden Freitag Blut schwitzte und in der ganzen Gegend ein ärgerliches Aufsehen erregte hatte, war nach langem Widerstreben des dortigen Pfarrers auf den Befehl des Statthalters Dr. Eminger ins hiesige Krankenhaus zur Untersuchung gebracht worden. Doch schon nach 24 Stunden war die Heilige plötzlich wieder verschwunden, wahrscheinlich um die Entlarbung des Truges zu verhindern!

Wien, 21. Juli. [Desterreich verliert seinen Demokraten das Reisen.] — Der Kongreß der französischen Legation. — Der Kongreß der französischen Legation wird der Centralkanzlei untergeordnet. — Aktenmäßige Darstellungen des ital. und des ungar. Kitzes. — Es ereignen sich häufig Fälle, daß die Gesandten um einen Paß ins Ausland von der Behörde geradezu verweigert werden, was den Betroffenen nicht selten den empfindlichsten Schaden verursacht und mit den einfachsten Rechtsbegriffen im Widerspruch steht. Als Grund wird der Verdacht demokratischer Gesinnung angegeben und soll eine lange Namensliste derjenigen vorliegen, denen es nicht gestattet ist, die Grenzpfähle Desterreichs zu passieren und die verdorbene Luft der Fremde zu atmen. Anderwärts schickt man die Demokraten über die Grenze, bei uns behält man sie zu Hause und scheint kaum zu ahnen, daß durch dieses Behalten der Verdächtigen der ganze Staat gleichsam zu einem großen Gefängnis erklärt wird, dessen Schwelle bloß die Tadellosen überschreiten dürfen. — Der Aufbruch des Herzogs von Bordeaux ins Schloss zu Frobergdorf hat allerdings großes Aufsehen erregt und hat man besonders im Hotel der französischen Gesandtschaft, wo man übrigens schon früher von der Sache unterrichtet gewesen zu sein scheint, der plötzlichen Risse des Prinzen nach Aachen lebhaft Aufmerksamkeit geschenkt. Es heißt, die Kräfte in Frankreich seien vor der Thüre und werde nun von zwei Seiten losgeschlagen werden, indem sowohl die Legation als im Einverständnis mit Changanier die Märsche abwehren wollen, als auch die Reuten den Augenblick des Konflikts der politischen Parteien des Landes zu benützen beabsichtigen und zu diesem Zweck bereits die Führer der Sozialisten London verlassen haben, um der Grenze Frankreichs nahe zu sein. Willst du flücht und in Schleswig-Holstein gleichzeitig die Mine in die Luft, deren Zündstoff einen allgemeinen Brand zu entzünden geeignet sein dürfte. — Die Stellung des Grafen Fränke ist trotz der wiederholten aufstauenden Gerüchte von seinem Rücktritt in eine Hofcharge fester denn jemals und wird derselbe fortwährend an der Spitze der Militär-Central-Kanzlei bleiben, nachdem es gelungen ist, in der Person des Feldmarschall-Lieutenants Baron Sporich, eines Croaten, einen Reichsminister zu erhalten, der sich die ihm zugewiesene Rolle gefallen läßt. Die Ueberzeugung des Generals Degenfeld, der früher interimsweise die Geschäfte des Ministeriums geleitet, in die Centralkanzlei ist deshalb als eine Erhöhung zu betrachten, da alle entscheidenden Maßregeln von dieser und nicht vom Kriegsministerium ausgehen. Die Centralkanzlei besteht hinfest (s. gest. Beil. 31.) aus drei Sectionen, wovon die zweite die administrative Abtheilung leitet, Graf Degenfeld die Inspektion der Infanterie und Kavallerie befehligt und Graf Grünne der General-Adjutantur des Kaisers vorsteht. — Von dem Feldzeugmeister Hef, welcher bekanntlich als Chef des Generalstabes in der Armee Radetzky's den Feldzugsplan gegen Piemont im Jahre 1849 entworfen, ist jedoch eine Geschichte dieses denkwürdigen Krieges im Druck erschienen, der binnen einer Woche die Kraft des sardinischen Staats völlig gebrochen hat. Die Behandlung des Materials, deren genaue Kunde dem Verfasser wohl nicht abgesprochen werden kann, ist eben so lichtvoll als sicher, und die Gruppirung der Begebenheiten läßt nichts zu wünschen übrig, da sie trotz scheinbarer Vermorrenheit ein klares Bild des Geschehenen darstellt. In Verbindung mit dem schon früher vom Generalstabe herausgegebenen kriegsgeschichtlichen Werk über den Feldzug von 1848 bildet das Buch eine reiche Quelle militärischen Studiums, wobei wir nur bedauern müssen, daß eine klagliche Censur hierin entscheidend gewesen zu sein scheint, indem nicht bloß eine politische Einseitigkeit, sondern sogar die Darstellung aller Ereignisse vom 18. März bis zur Schlacht bei St. Lucie am 22. Mai 1848 vernichtet wird, da denn doch diese allerdings für die kaiserlichen Waffen höchst unruhmsche Periode von vollen und richtigen Verständniß des Ganzen durchaus nothwendig erscheint. Eine ähnliche, aus den kleinlichsten Nebenbührlichkeiten entspringende Verunstaltung der Geschichte finden wir leider auch in der Darstellung des ungarischen Revolutionskrieges, die aus der Feder des Generalmajors Helzer und des Oberst Rammung vom Generalstabe geflossen ist; auch diese fängt erst bei der Schlacht von Nag-Salo im April 1849 an, wo der Stern Ungarns schon im Erleiden und die Frage der russischen Intervention bereits entschieden war.

* Gestern Abends ist der k. k. Baron Haynau von Preßburg, wo er den 18ten d. eingetroffen war, hier angekommen. Er wurde am Bahnhofe von hohen Civilbeamten und Offizieren empfangen.

* [Besetzungsarbeiten in Böhmen.] — Wunder. — Verurtheilungen. — Nach einer neuen Verfügung des Kriegsministeriums wird in der Gegend von Leitmeritz am linken Elbe-Ufer ein verschanztes Lager für 80,000 Mann errichtet werden, zu dessen vollkommener Ausrüstung 8 Mill. Fl. verwendet werden sollen. Das Lager wird durch Brücken mit den nahen Festungen verbunden. Ingenieur-Offiziere befinden sich bereits am Standort, um die Ausmessungen vorzunehmen. — Der „Volksfreund“, das deklarirte Organ des katholischen Vereins, ergreift sich in den gemeinsten Schmähungen gegen alle Journale, welche das „Wunder von Schleimbach“ bezweifeln. — Bei dem Rücktritt der „Nationalzeitung“ erschienen dieser Tage vier Individuen, und drehten demselben mit Mißhandlung, falls er die über die Zustände der Theresia Wiskelcher aus Schleimbach veröffentlichten Artikel nicht widerrufen würde. — Die katholischen Kaplanen zu Spyrgo, St. Miklos, Alexander Jakob und Franz Lakatos, wurden vom Kriegsgericht zu Maros-Basarhely wegen Hochverraths und Theilnahme an der ungarischen Revolution zum Tode durch den Strang verurtheilt. Die Strafe

wurde jedoch vom Feldmarschall-Lieutenant Wollgemuth bei Erstem auf 10jährige, bei Letztem auf 5jährige Festungsarrest in Eisen gemildert.

Prag, 20. Juli. [Desarmirung der Nationalgarde.] — Erceß eines Offiziers. Auf Befehl des Militärdirektors mußte unsere Nationalgarde die ihr vom Militärdirektor aus den Zugsbüchern bewilligte Gewehr, an 2 bis 3000 Stück, welche sie bisher zum Dienst gebraucht, wieder abliefern; da nun die wenigsten Garbisten eigene Gewehre besaßen, so sieht dies einer faktischen Desarmirung nicht unähnlich. In Folge mißlicher Vorfälle hat Hr. Andr. Haase, bisher provisorischer Oberkommandant der Nationalgarde, diese Stelle niedergelegt, welche auch bis zum Erscheinen des neuen Nationalgardegesetzes und der Reorganisation derselben unbesetzt bleiben wird. — Bei einer Tanzreunion im Baumgarten fiel ein Erceß vor. Ein Offizier beleidigte einen Ränger und hieß, von demselben zur Rede gestellt, mit gezogenem Säbel den jungen Mann ins Gesicht; weitere Verwundungen verhinderte dieser, indem er den Säbel festhielt und zerbrach. Es wäre, da mehrere Offiziere ihrem Kameraden zu Hilfe kamen und die Civilisten mehrfach insulirt wurden, leicht zu einem förmlichen Kampfe gekommen, hätten sich die Gemüthlichen nicht ins Mittel gelegt. Nach an Ort und Stelle wurde eine Klageschrift aufgesetzt, von den Anwesenden unterzeichnet und durch eine Deputation von sechs Herren, unter denen sich der Verwundete selbst befand, noch um 11 Uhr Nachts dem k. k. Statthalter und Festungskommandanten Baron Schütte übergeben. Der General bedauerte den Vorfall und versprach schnelle und gerechte Untersuchung; der betreffende Offizier soll bereits sein Entlassungsgesuch haben eingeben müssen. Einige Exemplare thäten Noth, um ähnlichen Fällen vorzubeugen.

O. C. Wien, 21. Juli. [Ueber den Brand in Krakau] erfahren wir folgende nähere Details. Der Brand dauerte die ganze Nacht vom 18. bis 19. d. Am Morgen wendete sich der Wind, wodurch die Gefahr geindert wurde, jedoch gelang es mit äußerster Anstrengung weitere Gefahr abzuwenden und des Feuers Meister zu werden. Leider ist, vieler Verwundungen nicht zu gedenken, der Verlust von 5 Menschenleben zu bedauern. Ein Drittel der innern Stadt liegt in Asche; die öffentliche Meinung will, wie gewöhnlich, bei solchen Anlässen eine bössliche Brandlegung annehmen. Einige dieselben in Verdacht gezogene Personen wurden von einzelnen Bürgern, der Polizei oder dem k. k. Militär eingekerkert; die gegenseitigen Untersuchungen haben bis jetzt solchen Verdacht nicht beseitigt. Die k. k. Garnison hat sich durch Aufsehung und Hingebung bei den Rettungsversuchen und Feuerlöscharbeiten Ansprüche auf die vollste Anerkennung erworben.

Italien.

* Rom, 13. Juli. [Räuberherd.] Der Räuberhauptmann Passatore führt fort, mit seiner 700 Mann starken Bande die Romagna zu brandstehlen. Er unterhält Verbindungen mit den in den Abruzzen streifenden Banden, und wagt es auch, das toskanische Grenzgebiet zu verlegen.

Frankreich.

Paris, 19. Juli. [Kongreßbericht.] Man spricht viel von der Wahl der 25er Kommission, welche die Besammlung während ihrer Protagation vertreten soll. Unter denen, welche ernannt werden, befindet sich kein einziger Bonapartist, wohl aber Männer der entschiedensten Opposition gegen einen Staatstreich Louis Napoleons. Fünf Mitglieder der Linken, worunter Grevy, Lamotte und General Leslo, sollen hincintommen, und die Besetzung eines Staatstreichs bleibt off-nor durch.

Die Nationalversammlung geht heute zur Debatte der Finanzplan, der Jutis und der äußern Angelegenheiten über. Der Anfang der Debatte hat kein großes Interesse dar. Erst bei dem Budget für das nächste Jahr tritt ein lebhaftere Debatte, indem Savoye bei dem Kapitel der äußern Angelegenheiten eine Reduktion von 100,000 Frs. beantragt. Seines Dastehens ist die nach Zufügen folgende Politik weder eine demokratische noch eine französische. (Man ruft rüch: sie ist nicht Englisch!) Die französische Diplomatie trete seines Erachtens überall in den Hintergrund. England wolle und intervenire in die deutschen Angelegenheiten. England mache überall seinen Einfluß geltend, und Frankreich trete nach Aussen zurück! So oft es handle, geschehe es nur, um die Unterdrückung des demokratischen Prinzips zu betätigen. Schließlich gebe er in die schleswig-holsteinischen Differenzen ein, und beschwört die Versammlung, nicht auf der Vertheidigung zu beharren, die man bis jetzt nach Aussen für gut befunden. — Minister Lahtie will dem Redner aus seinem politischen Steifzug durch Europa nicht folgen, hält auch dafür, daß Frankreich Dänemark gegenüber ganz andere Pflichten habe, als Savoye meine. „Dänemark“, sagt der Minister, war immer einer unserer getreuesten Verbündeten, (Ja, in Rechts), und dies Land ist so gelegen, daß Frankreich sehr stark daran liegt, daß keine äußere Macht in die Rechte seines jetzigen Souveräns sich Eingriffe erlaube. (Beifall Rechts.) Uebrigens hat sich das Gouvernement nicht um den Vergleich zu kümmern, den die Repräsentanten Preussens und Dänemarks kürzlich abgeschlossen, denn dieser Vergleich war kein Vertrag, sondern ein bloßes Protokoll. — Duos fragt den Minister in Betreff einer Einschüßigungsforderung, welche 2 Schiffe wegen ungebührlicher Fehlpaltung an Spanien gestellt, worauf der Minister erklärte, daß diese Forderungen verfolgt würden. — Savoye will wegen der römischen Frage interpelliren und ermahnt daran, wie das Gouvernement die Verpfligung übernehmen, den Römern eine liberale Regierung zu sichern. Schließlich fragte er, ob das Ministerium die von seinen Vorgängern angeordnete Politik zu verfolgen gedachte oder nicht? Der Minister entgegnete darauf, daß die Politik Frankreichs dem römischen Volke gegenüber in nichts geändert sei. Freilich gebe es noch Hindernisse zu überwinden. Alles deute aber darauf hin, daß die im Motu proprio angeordneten Reformen allmählich angenommen würden. — Napoleon Bonaparte fragt, ob es nicht wahr sei, daß statt dessen das römische Gouvernement damit umgehe, das Eigenthum aller früheren römischen Volksepothanten zu konfisziren, die für die weltliche Entsetzung des Papstes gestimmt? Minister Lahtie erklärt sich nicht für berufen, sich über die Absichten des römischen Souveräns so weit zu äußern, bemerkt jedoch, daß der heilige Vater wahrlich nicht den Verpflegung des „Motu proprio“ Rechnung tragen werde. — Napoleon Bonaparte fragt sodann, ob das römische Gouvernement nicht den früheren Präsidenten der römischen Constituante Herrn Cennuschi auszuweisen verlange, nachdem derselbe zweimal freigesprochen worden. — Minister Lahtie bemerkt hierauf, daß Cennuschi nach seiner Freisprechung nach Civita-Vecchia abgeführt worden, von wo er sich nach Frankreich begibt. Es wird darauf das Kapitel über die politischen und Konfiskationsangelegenheiten mit einer Vernehmung von 18,000 Frs., die für ein Konfiskat zu Shanghai verurtheilt werden. Die Wahl der permanenten Kommission während der Protagation bleibt auf Montag ausgesetzt.

Smausches Reich.

O. C. Von der böhmischen Grenze, 5. Juli. Die Mebrzahl der Bevölkerung Böhmens ist der Fortsetzung des Kampfes entschieden abgeneigt und wird sich bei der Annäherung der regulären türkischen Truppen mehrmals zeigen. Der neuernannte Kaiser befindet sich in Sarajewo. Dier Pascha's Armee stand am 2. d. M. bei Bajuska, jenseits von Ribojaz. In der Kaina beschloßen die Insurgenten, unter Ribojaz's Führung sich vor der Hand auf Buzen und Worsels

lungen zu beschränken, und nach dem Ergebnisse dieses Schrittes weitere Maßnahmen einzurichten.

Sprechsaal.

Ueber das französische Münz-, Maß- und Gewichtssystem.

Unter den Gedanken, welche das Jahr 1848 auf deutschem Boden wachen ließ, war auch eine zwar ziemlich beschiedene Forderung, welche fast alle Parteien auf ihre Banner schrieben, nämlich Münz-, Maß- und Gewichtseinheit für ganz Deutschland. Wer etwas Uebiges thun wollte, fügte noch das Wort „national“ bei, und es gab sogar Patrioten, die mit einem solchen fertigen, nationalen Systeme vor die Öffentlichkeit traten. Jetzt ist mit vielen andern Wünschen und Hoffnungen auch dieser Gedanke schlafen gegangen, ein Gedanke, der doch fruchtbar genug ist, um sich eine Partei zu bilden, wie in England die Anti-corn-law-ligue, die Freetraders &c. Ueber die Clubs, in denen Alles und Jedes, und so möglich noch etwas mehr in Berathung gezogen wurde, sind wir wohl glücklich hinaus; es ist Zeit, Verbindungen zur Errichtung eines praktischen Zweckes zu bilden; vielleicht das diese wenigen Worte der Anstos zur gründlicheren Erörterung, zur weitergehenden Bearbeitung, am Ende gar zur Realisirung des großen Gedankens sein mögen.

Daß in Bezug auf die Maß- und Gewichtsverhältnisse, trotz allen ausgebreiteten Bestrebungen der Regierungen in unserm lieben Deutschland eine heillos Konfusion herrscht, wird wohl Niemand leugnen wollen. Hier der rheinische, dort der preussische Fuß, hier das hessische, dort das bairische Pfund, hier das Mark Banco und Schillinge, dort Thaler, Groschen oder Böhmnen und Pfennige, rheinische, Conventions- und Scheingulden &c. &c., kurz das Chaos in optima forma. Man frage nur die Kaufleute, wie viel Papier ihnen bei diesen complicirten Rechnungen zu Grunde geht; man frage nur, wie viele Handbücher zur Vergleichung der Maße und Gewichte bis jetzt herausgegeben sind; man schlage jedes Rechenbuch für Elementarschulen auf, wo unzählige Exemplare ihren ganzen Inhalt aus dieser babilonischen Verwirrung schöpfen, und man wird gestehen müssen, daß eine gründliche Besserung dringend nothwendig ist. Wenn es bisher mit Noth und Nengten gegangen ist, so vergesse man nicht, daß noch nicht allzulange die Zeit verstrichen ist, wo die gelbe Postkutsche das schnellste Beförderungsmittel war, und daß das Netz der deutschen Eisenbahnen und elektrischen Telegraphen von Jahr zu Jahr dringender einen ebenbürtigen Bundesgenossen in einem rationellen, gleichmäßigen Münz-, Maß- und Gewichtssysteme fordert.

Wir würden es unethisch finden, wenn unser nächster Hausnachbar, sei er Fläzler, Bäcker, Kaufmann oder sonst etwas, sich sein eigenes Münzsystem ausgedacht hätte, und unser gutes Geld nur mit Agio annehmen wollte. Die Kartoffelrevolution des Jahres 1847 hat es bewiesen, daß wir uns auch in ihr, für den Augenblick abnormes Maß- und Gewichtssystem nicht haben finden wollen. Nun gut, durch die Eisenbahnen sind heutzutage Hamburg, Breslau und Wien nächste Nachbarn; werden sie sich noch länger mit verwickelten Rechenrechnungen plagen wollen, wie z. B. „was kostet das Wiener Pfund Kaffee Kreutzer Schein oder Mäme“, wenn der Ctr. in Hamburg so und so viel Mark Banco kostet?

Bei allen den verwickelten Rechnungen dieser Art, mit denen man mich in meiner Knubrit geplagt hat, war, so viel ich mich entsinne, merkwürdiger Weise nie die Rede von dem französischen Maßsysteme, und doch ist es der einzige Weg, der uns aus dieser Verwirrung herausreißen kann. Vielleicht daß man sich in diesem wohl befand.

Das französische Maß-, Gewicht- und Münzsystem ist eine Frucht der französischen Revolution. So dankbar man den Franzosen sein muß, für die großen Gedanken, die sie unter Leiden und Gräueln aller Art für die ganze Welt erkämpften, so ist es doch keine Frage, daß auch die großartigen, praktischen Erfindungen und Einrichtungen, mit der sie die Welt zu dieser Zeit beschenkten, sich als ebenbürtige Kinder des großen historischen Ereignisses hinstellen können. Was für die mechanische Industrie der Dampf, das ist für die chemische Technik die Soda, die z. B. der ganzen Glas- und Seifenfabrikation zu Grunde liegt. Die Engländer blockirten alle Häfen Frankreichs und schnitten alle Zufuhr von künstlicher Soda ab. Auf Aufforderung des Convents an alle Bürger, in dieser Noth Abhilfe zu schaffen, veröffentlichte Leblanc sein berühmtes Verfahren zur Darstellung der Soda aus Rochsalz. Wie hier, so war auch beim Metersystem die Noth die Mutter der Erfindung. Die alten französischen Maßsysteme basirten sich auf den pied du roi. Man hatte keinen König mehr, man wollte keinen mehr haben, und so übertrug denn der Convent der französischen Akademie die Auffindung eines rationalen Maß-, Gewicht- und Münz- Systems. Dieselbe hat sich dieses Auftrages auf die glänzendste Weise erledigt, und späte Geschlechter müssen den Mitgliedern dieser gelehrten Körperschaft ihren Dank für diese großartige Arbeit sagen.

Die Fundamentallänge, welche sie zu Grunde legte, ist der Umfang der Erde, also eine unveränderliche Größe. Man ermittelte durch sehr sorgfältige Messungen einzelner Breitengrade die Länge eines Erdmeridianquadranten, und nahm davon ein Zehnmilliontel. Dies ist das erste französische Längenmaß „der Meter.“ Daß hierbei kleine Fehler vorgekommen sind, ist nicht zu leugnen. Inzwischen beeinflussen sie zu wenig auf die Länge des Meters; selbst durch die genauesten Messungen werden kleine Fehler nicht zu vermeiden sein, und so ist es meiner Ansicht nach möglich, eine andere Fundamentallänge z. B. die Länge des Sekundenpendels von Wien, Berlin u. f. m. einführen zu wollen, da diese eben an verschiedenen Orten der Erde verschieden ist, und daher wohl ein rationelles, nie aber ein Weltmaß genannt werden kann.

Die größeren oder kleineren Längenmaße sind alle, dem Decimalsystem gemäß, vom Meter abgeleitet, eine Einrichtung, welche die Rechnung ungemein erleichtert, da sie mit unserm Zahlensystem korrespondirt; im innigsten Zusammenhange steht das Flächen-, das Kubik- und das Hohlmaß; auch das Gewicht ist auf rationellem Wege davon abgeleitet, und zum Ueberflus sind auch alle Namen für diese Größen auf eine gleichmäßige Weise gebildet. Alle durch Multiplication aus den Normalgrößen gebildeten Größen sind mit den griechischen, alle durch Division entstehenden mit den lateinischen Zahlennamen combinirt.

So haben wir also z. B.:

Decimeter	=	10 Meter,
Hecometer	=	100 "
Kilometer	=	1000 "
Myriameter	=	10000 "
Decimeter	=	0,1 oder $\frac{1}{10}$ Meter,
Centimeter	=	0,01 oder $\frac{1}{100}$ "
Millimeter	=	0,001 oder $\frac{1}{1000}$ "

Eine Länge von „5 Kilometer, 2 Hecometer, 3 Dekameter, 6 Meter, 1 Decimeter, 1 Centimeter, 8 Millimeter“ schreibt man also 5236,118 M.

100 Quadratmeter oder ein Quadratdekameter bilden die Ein-

*) Man kann dreist behaupten, daß 10 % des Schulunterrichts auf die Entzerrung dieser goldigen Knoten verwendet werden. Sind diese zerhackt, so wird man schon Zeit für den naturwissenschaftlichen Unterricht finden.

**) Die flüssige Linie, welche auf der Oberfläche der Erde vom Pole zum Äquator gezogen werden kann.

***) ungefähr 3 Fuß.

Holzverkauf.

verkauft das Dominium Groß-Schöftgall
bei Ganth.

Mittelgegen Magenkrampf, à Fl. 2 ½ Sgr.
bei: Bartsch, Reufchstr. 66, 1 Etiege.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

empfangen und haben für Breslau den alleinigen Verkauf übernommen. Dieselben zeichnen sich durch ihre Unzerbrechlichkeit und vorzüglichste Schwärze vor jedem andern Fabrikat aus und empfehlen wir dieselben der Beachtung eines geehrten Publicums.

Joseph Friedrich, Hintermarkt Nr. 6. Friedrich Stein, Albrechtsstraße 9

Die siebente Versammlung

36.	Eine französische Wohnung von 4 Stuben, Entree, Küche u. mit Garten-Promenade ist von Michaelis ab, Weidenstraße Nr. 25, Stadt Paris, zu vermieten.	Barometer Thermometer Windrichtung Luftkreis	27° 8.23" + 13.7 NW bedeckt	27° 8.78" + 14.2 NNW trübe	27° 8.66" + 20.2 N wolkig
-----	---	---	--------------------------------------	-------------------------------------	------------------------------------

Redakteur: Mimbé.